Tageblatt für Politik, Gesetzgebung, Geschäftsverkehr, Wissenschaft, Handel und Verkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 4.50, monatlich M. 1.50, wöchentlich M. 1.25. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 u. 40, Montags bis 12 Uhr. Für Freiberg: Herr Rudolph, Freiberg, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 15 Pfg., für Dresden oder nach Leipzig 20 Pfg., 2spaltige durch Einsendung Zeile 40 Pfg. Ankündigungen aus der Privatwelt Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Wiederbezahlung durch Briefmarken oder Vorausbezahlung.

Für Aufgabe einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

34. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1889.

Einrahmung **Oelgemälde:** Neuvergoldung
Originale und Copien berühmter Meister, als Jagdstücke, Thierbilder, Landschaften etc. zum Preise von **Oeldruckbilder** in größter Auswahl, dem Preise entsprechend, 75–700 Mk. gut gerahmt von à Stück 1 Mark bis 75 Mark.
B. Schilg, Buch- u. Kunsthdlg., **Alaunstr. 16** (nahe d. Albert-Theater).

N. Salm
Special-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders **geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken,** sowie **Signirschablonen,** alle Gattungen **Farbstempel** u. **Gravir-Arbeiten** jeder Art.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Leder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Kgl. Sächs. Hofbuchhandlung
— H. Burdach —
Schlossstr. 32 gegenüb. d. Schloss **Warnatz & Lehmann** Schlossstr. 32 gegenüb. d. Schloss
Weihnachts-Ausstellung.
Catalog gratis und frei. Ansichtssendungen bereitwillig.
Fernsprechstelle 152.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle **Damenschneider-Artikel.**

Nr. 348. Spiegel: Centrumsanträge im Reichstage, Bergarbeiterbewegung, Niederreißung der Schloßfreiheit. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen. „Meistersinger", Soirée Petrowitsch. **Sonnabend, 14. December.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Noch einmal vor den Weihnachtsferien war der Reichstag beschlußfähig. Da drei Anträge des Centrums auf der Tagesordnung standen, hatte Abg. Windthorst alle Mitglieder seiner eigenen Partei und der ihr nahestehenden Gruppen der Elsässer und Polen nach Berlin gedrahtet. Die Tage vorher bot der Reichstag einen geradezu kläglichen Anblick. Als ob sie der Influenza aus dem Wege gehen wollten, waren die Abgeordneten schaarenweise aus der Reichshauptstadt abgereist. Bei Beginn der Berathung über die Reichspost waren kaum 20 Abgeordnete anwesend, die sich in dem weiten Raume verloren; allmählich fanden sich so viel Nachzügler ein, sodaß das Haus den gewohnten Anblick schlechter Besetzung bot, ohne in die Entartung eines außerordentlichen schlechten Besuchs zu verfallen. Bei keinem einzigen der bei der Postverwaltung gestellten Anträge gab es eine beschlußfähige Mehrheit; alle Anträge auf Verkehrserleichterungen wurden abgelehnt, d. h. als abgelehnt bezeichnet; es wäre gefährlich gewesen, die Zahl der Abstimmer zu ermitteln. Hätte doch Herr Windthorst seine klerikalen Freunde schon zur Postberathung nach Berlin telegraphirt, so wären manche Verkehrserleichterungen durchgesetzen gewesen! Aber solche liegen den Herren weniger am Herzen, als die Dinge, die mit der kathol. Religion zusammenhängen. Windthorst darf mit dem Erfolge zufrieden sein. Es fand sich im Reichstage für alle seine drei Anträge eine Mehrheit. Der erste bezweckt, den künftigen katholischen Geistlichen eine Ausnahmestellung bei Ableistung der Militärpflicht zu verschaffen. Windthorst will zwar scheinbar die katholischen Geistlichen nicht vom Militärdienste befreien, sie sollen, wenn sie bis zum 27. Jahre die niederen Weihen erhalten haben, für den Kriegsfall nur in der Ersatzreserve dienen. Das läuft aber auf gänzliche Befreiung vom Kriegsdienst hinaus, denn sie würden in dem erwähnten Falle nur zur Seelsorge und im Lazarethdienst verwendet. Thatsächlich werden katholische Geistliche schon jetzt nicht im Kriegsfall zum Dienst bei der Waffe verwendet, aber sie werden wenigstens zum Dienst bei der Waffe ausgebildet. Die evangelischen Geistlichen aber dienen als gute Deutsche bei der Waffe. Es ist das entschieden auch das Richtige. Was man im Dienst bei der Waffe lernt, kommt einem Jeden zu Gute, auch dem Geistlichen in seinem späteren Berufe. Es ist einer der trefflichsten Grundsätze unserer Heereseinrichtungen, daß die ganze Nation am Militärdienst theilnimmt und kein einziger Stand davon ausgeschlossen bleibt. Das hebt das ganze Niveau des Heeres und darum erfüllt es die evangelischen Geistlichen mit vaterländischem Stolze, mit anderen Wehrpflichtigen in Reih' und Glied zu stehen. Die evangelische Kirche verschmäht das von dem Centrum für die katholische Kirche begehrte gehässige Privileg. Sie hat keinen besonderen Priesterstand, der herausgewachsen wäre aus der Menge der anderen Bürger. Leider fand der klerikale Antrag, bezüglich der Waffenpflicht die katholischen Priester als ganz absonderliche Menschen zu behandeln, eine kleine Mehrheit im Reichstag. Der Bundesrath geht hoffentlich nicht darauf ein.

Weit begründeter war der zweite Antrag Windthorst's, das sog. Expatriirungsgesetz aufzuheben. Dasselbe ist im Kulturkampf entstanden; es berechtigt die Behörden, katholische Priester wegen fortgesetzten Ungehorsams gegen die Gesetze zu internieren, oder auch ganz aus dem deutschen Reiche zu verweisen. Das Gesetz wird längst nicht mehr angewendet, es ist gegenstandslos geworden. Nachdem der Kirchenfriede wieder hergestellt ist, bedarf es nicht mehr jener scharfen Waffe des Kulturkampfes. Wiederholt hat der Reichstag auch die formelle Aufhebung des Gesetzes beschlossen, regelmäßig aber der Bundesrath diesen Beschluß abgelehnt. Fürst Bismarck scheint sich das Aufgeben des Gesetzes als Preis für andere politische Zugeständnisse, die das Centrum künftig etwa zu machen hätte, aufbewahren zu wollen. Er hält das Expatriirungsgesetz auf Lager wie einen Ballen Waare, die er später bei einem Tauschhandel zugeben würde. Der Reichstag aber dachte in seiner großen Mehrheit: fort mit dem staubigen Ladenhüter! Der dritte Antrag Windthorsts führte sich unter der bestechenden Flagge der Glaubensfreiheit ein. Es solle in den deutschen überseeischen Schutzgebieten volle Freiheit der Religionsübung herrschen, auch betreffs der Missionare kein Unterschied gemacht werden. Das käme, wie Hofprediger Stöcker mit glücklichem Humor darlegte, auch der Verbreitung des Islam zu Gute. Er beantragte daher eine zweckmäßige Vertheilung der evangelischen und katholischen Missionare so, daß diese sich in den Kolonieen nicht gegenseitig in's Gehege kämen. Bekanntlich ist durch den Streit der Missionare schon sehr viel Unheil angerichtet worden; die armen Neger und sonstigen Heiden haben nie begriffen, weshalb sich katholische und evangelische Missionare zankten. Aber auch in dieser Frage blieb Windthorst Sieger, Dank der um ihn versammelten Centrums-Mannen.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wird es nicht zum Streik kommen. Die Grubenbesitzer erfüllen ihr Versprechen mit größter Gewissenhaftigkeit. Jeder Bergmann, der nur arbeiten will, findet Arbeit. Der Landrath fordert alle Unbeschäftigten auf, sich zu melden, er werde ihnen Arbeit verschaffen. Die Gruben gehen sogar soweit, die Wortführer des Frühjahrsstreiks, Bante, Siegel und Schröter, aufzufordern, sich auf ihren alten Zechen zu melden, sie würden sofort angestellt. Der Erstere thut dies; die beiden anderen wollen aber nicht mehr einfahren; sie ziehen das bequemere, einträglichere und zum Agitiren geeignetere Leben als Schankwirthe und Cigarrenhändler der beschwerlichen Arbeit des Bergmanns vor. Wenn jetzt das Friedenswerk nicht zu Stande kommt, so wird man wenigstens nicht die Grubenbesitzer für das Scheitern verantwortlich machen können. Sie wollen es auch mit allen „Unbotmäßigen", sobald sie sich zur alten Arbeitsstätte zurückmelden, nochmals versuchen. Eine wohlwollende Behandlung derselben empfiehlt sich solchenfalls ganz besonders. Trage man keinen Groll nach, gerade nicht bei Gemaßregelten! Wiederholt ist schon gesagt worden, daß einer aufgeregten Arbeiterschaft gegenüber ein freundliches Wort oft mehr wirkt, als sachliche Zugeständnisse des Arbeitgebers. Diese müssen überhaupt in unmittelbare und persönliche Beziehungen zu ihrer Belegschaft treten, sie sollten, wie es Kaiser Wilhelm im Frühjahr schon ausdrückte, überhaupt „möglichst nahe Fühlung mit den Arbeitern nehmen". Andererseits ist auch den Bergleuten dringend zu rathen, ein ihnen gebührendes Verhalten zu beobachten. Nach so aufgeregten Zeiten, wie die jetzigen, kann schon hüben wie drüben auch beim redlichsten Willen einmal ein einzelner Mißgriff mit unterlaufen. Kommt ein solcher vor, so soll nicht gleich die ganze kampfslustige Leidenschaft entfacht werden. Man soll namentlich nicht über einen oder anderen etwa am Wege gelegenen Strohhalm stolpern. Es sind Fälle denkbar, in denen der Bergmann mit seiner früheren Zechenverwaltung einen so scharfen Conflikt hatte, daß es nicht rathlich erscheint, daß er gerade auf der früheren Zeche wieder Arbeit nimmt. Bei gutem Willen läßt sich da Vieles thun. Hoffnungsvoll ist es nach dieser Richtung, daß sich die rheinisch-westfälischen Zechen mit der Einrichtung ständiger Arbeiterausschüsse zu befreunden beginnen, damit die folgenschwersten Entscheidungen nicht mehr von den Augenblicksstimmungen der Massenversammlungen abhängig sind. Im Gegensatze zu dieser erfreulichen Wendung steht der Streik, der auf 2 Gruben des Saarreviers ausgebrochen ist. Sie gehören nicht zu den größten, die Bergleute kehren sich auch nicht an die Beschlüsse, nur gemeinsam mit ihren westfälischen Kamerade vorzugehen, sie ließen ferner die Abmachungen mit den anderen Gruben des Saarreviers unbeachtet, sie sind endlich kontraktbrüchig geworden. Ihr thörichtes und voreiliges Vorgehen kann ihnen nur zum Schaden gereichen; sie werden bald genug nachgeben müssen. Auffällig bei diesem ganzen Schritt ist namentlich der Umstand, daß der Streik auf zwei Königl. Bergwerken ausgebrochen ist. Man kann den dortigen Bergbehörden nicht den Vorwurf ersparen, daß sie im Gegensatz zu denen in Essen und Dortmund Nichts gethan haben, um die Aufregung der Bergleute zu beschwichtigen.

Der Terrorismus Eugen Richters auf seine Partei hat an einer Stelle versagt, wo er bisher unumschränkt herrschte. Ungeachtet der zornigen Scheltworte des Parteityrannen haben die Berliner Stadtverordneten mit der ansehnlichen Mehrheit von 70 gegen 28 Stimmen die Niederreißung der Schloßfreiheit beschlossen. Sie faßten ihren Beschluß in sehr kluger Weise: aus dem Rathsvorschlag entfernten sie jede Erwähnung zu einer Lotterie, womit die Mittel zu jenem Unternehmen beschafft werden sollten und sie erklärten, die Stadtgemeinde Berlin solle mit jeglichem Kostenbeitrag verschont bleiben. Sehr schlau drückten sich die Stadtverordneten um die heikle Lotteriefrage herum; mit 67 gegen 31 Stimmen lehnten sie es ab, die Bedingungen zu stellen, daß keine Lotterie eingerichtet würde. Sie schoben damit die Verantwortlichkeit dafür der Staatsbehörde zu. Das war mehr geschäftsklug, als männlich.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. December.

Berlin. Der **Reichstag** tritt in die 2. Berathung der Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises für den Handwerksbetrieb ein. Biehl (Centr.) bittet, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. Die Handwerker würden bei den nächsten Wahlen die Kandidaten fragen, wie sie sich zu ihren Forderungen stellen, und bestimmte Antwort verlangen. Goldschmidt (freis.): Die Anträge seien ein sehr gefahrvolles Agitationsmittel. Er bestreite, daß die große Mehrheit der Handwerker für den Befähigungsnachweis sei. Kröber (Vkts.): Ein Befähigungsnachweis wäre höchstens für das Baugewerbe empfehlenswerth, wo Leben und Eigenthum auf dem Spiele stünden. Meyhach (Ap.) erklärt, daß ein großer Theil seiner Freunde für den Antrag Ackermann stimmen werde, obschon sie an d u Bedenken, die sie früher dagegen geltend gemacht, festhielten. Aber es handle sich darum, den Handwerkern zu helfen, und dazu diene die Annahme des Antrags Ackermann, der hoffentlich die verbündeten Regierungen endlich veranlassen werde, aus ihrer Passivität herauszutreten und selbst eine Vorlage zu machen. Er persönlich wünsche, daß sich diese Vorlage dem Antrage v. Kardorff-Lohren möglichst nähere. Ackermann (kons.) weist zunächst die Goldschmidt'schen Einwände gegen den Befähigungsnachweis zurück. Ein so großer Unterschied, wie behauptet worden, bestehe zwischen den Anträgen Ackermann und v. Kardorff-Lohren nicht. Wesentlich sei nur der Unterschied, daß der Antrag der Reichspartei eine staatliche Prüfungsbehörde wolle, während sein Antrag das Vertrauen in die Innungen setze, daß sie die Prüfung gewissenhaft vornehmen werden. Die Freisinnigen beantragen Vertagung und bezweifeln gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergiebt Anwesenheit von 200 Mitgliedern. Das Haus ist mithin beschlußfähig. Auf Antrag Hultzsch wird die Debatte geschlossen, der Antrag Ackermann wird ohne weitere Debatte in seinen einzelnen Theilen angenommen. — Nächste Sitzung 8. Januar. Marine-Etat.

Berlin. Mit dem Kaiser trifft morgen Abend Erzherzog Franz Ferdinand hier ein. — Die Königin von England will zu Pfingsten die Kaiserin Friedrich in Kronberg im Taunus besuchen und dann der Einweihung des Mausoleums für Kaiser Friedrich in Potsdam beiwohnen. — Wegen einer Weltausstellung zu Berlin haben neuerdings wiederholt vertrauliche Verhandlungen stattgefunden, man will sich aber so lange nicht öffentlich engagiren, als die Regierung nicht Stellung zu dem Projekt genommen. — Vertreter der rhein.-westf. Kohlenbezirke sind hier eingetroffen, um mit dem Minister v. Bötticher über die Lage in den Bezirken zu verhandeln. — Der Beamte der deutschen Plantagengesellschaft Röder ist von Wißmann aus dem deutschen Schutzgebiet ausgewiesen worden.

Köln. In Gelsenkirchen findet am Sonntag eine Versammlung von Delegirten der Bergarbeiter von Rheinland-Westfalen statt. Bis Montag wird, wie befürchtet wird, der Bergarbeiterstreik im ganzen Saar-Revier ausgebrochen sein.

Pest. Unter dem Borstenvieh in Steinbruch macht die Maul- und Klauenseuche weitere Fortschritte.

London. Die City-Korporation hat beschlossen, Stanley das Ehrenbürgerrecht Londons zu ertheilen und ihm das Diplom in goldener Schatulle zu überreichen. — Die Gaswerke im Süden Londons sind förmlich verbarrikadirt und werden von der Polizei vertheidigt. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist sehr groß, und es kommen Excesse vor.

Petersburg. Eine wesentliche Erhöhung des Zolls auf Alkohol und Nähmaschinen ist in Aussicht genommen worden.

Athen. Die kretensischen Rebellenführer in Athen organisiren einen allgemeinen Aufstand auf Kreta.

Die **Berliner Börse** eröffnete in unsicherer Haltung, da die Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiete unsicher und wankend sind. Von spekulativen Banken Kredit-Aktien behauptet, andere meist schwächer. Deutsche Bahnen angeboten und niedriger, österreichische besser behauptet. Bergwerke letzten schwächer ein, befestigten sich aber später etwas. Im Kassaverkehr Banken still und unverändert, Eisenbahnen schwächer, Bergwerke etwas erholt, andere Industrieen ziemlich fest, deutsche Fonds meist etwas nachlassend. Oesterreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 4⅞ Proz. Nachbörse besser. — Wetter: Bedeckt, früh Nebel, Temperatur unverändert, windstill.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273,60. Staatsb. 200,00. Lomb. 110,00. Galizier —,—. Egypter 94,25. ungar. Gold. 87,90. Disconto 247,90. Dresdn. Bk. —,—. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abends.) Credit 317,25. Staatsbahn 232,90. Lombarden 128,00. Nordwest 188,00. Marknoten 57,70. Ung. Credit 336,00. Rente begehrt.

Paris. (Schluß.) Rente 88,35. Anleihe 105,50. Italiener 90,60. Staatsbahn 517,50. Lombarden 284,25. do. Prioritäten —. Suezkr 73,00. Egypter 471,25. Ottomanen 536,25. Tabacsaktien 645,00. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Decbr. 22,90, per März-Juni 23,60, ruhig. Spiritus per December 36,25, per Mai-August 38,50, ruhig. Rüböl per December 84,00, per März-Juni 80,70, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 213, per Mai 215, behauptet. Roggen per März 155, per Mai 155, matt.

London (Produkten-Bericht). Getreide allgemein ruhig, unverändert, eher zu Gunsten der Käufer. — Wetter: Regen.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm gestern Vormittag die Vorträge der Herren Staatsminister, Hofdepartementschefs und des Geh. Raths Bär entgegen. — Heute begiebt sich Se. Majestät mit mehreren Cavalieren zur Jagd auf Helfenberger Revier. Die Tafel findet in der Villa zu Strehlen statt.

— Seine Kaiserl. und Königl. Hoheit **Erzherzog Ferdinand** von Oesterreich-Este ist heute ½9 Uhr Vormittags auf der Reise nach Hannover hier durchgekommen. Der am hiesigen Königl. Hofe beglaubigte Kaiserl. und Königl. österreichisch-ungarische Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf Chotek war dem hohen Reisenden bis Pirna entgegengefahren.

— **Landtag.** In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer standen die beiden Vorlagen über die Gewährung von transitorischen Beihilfen an die festangestellten Bureau-, Aufsichts-, Vollziehungs- und Betriebsbeamten, deren Bezüge den Betrag von 3150 Mk. nicht erreichen, und über den Wegfall der Pensionsbeiträge der Civilstaatsdiener zur Schlußberathung. Zugleich wurde die Debatte über den Staatshaushalt im Allgemeinen eröffnet. Hierzu ergriff nur Frhr. v. Friesen das Wort: Es sei wieder ein Etat vorgelegt worden, der Zeugniß ablege von der vorzüglichen und musterhaften sächsischen Finanzverwaltung, um die man uns in allen anderen Ländern beneide. Dennoch könne er einige Bedenken nicht unterdrücken. Vor Allem möchte er bemerken, daß durch die jetzige günstige Lage der Verhältnisse die Dauer dieses Zustandes nicht garantirt werde. Der sächsische Etat hänge auf's Innigste zusammen mit dem Reichsetat und die Nachwirkung der Erhöhung des letzteren auf unseren Etat werde nicht ausbleiben. Die gegenwärtigen Mehreinnahmen setzten sich hauptsächlich zusammen aus den Ueberschüssen der Staats-Eisenbahnen, der Zölle und Verbrauchssteuern und der direkten Steuern. Bezüglich der Eisenbahnen sei er der Ueberzeugung, daß man einen Rückgang der Einnahmen nicht zu erwarten habe; eher könne man einer Vermehrung derselben entgegensehen. Auch bezüglich der Zölle und Verbrauchssteuern erwarte er für die nächsten Jahre keinen Rückgang, aber der Antheil Sachsens an den hieraus resultirenden Einnahmen werde sich sicher vermindern, da die Ausgaben des Reiches für das Heerwesen in steter Zunahme begriffen seien. Bisher habe man ferner für die außerordentlichen Ausgaben des Reiches alljährlich neue Anleihen aufgenommen; demnächst werde man aber daran denken müssen, einen Theil der Einnahmen aus den Zöllen zur Amortisation dieser Anleihen zu verwenden, was einen weiteren Rückgang in den Einnahmen, auch Sachsens, bedeutet. Er glaube hierauf hinweisen zu müssen, um den Illusionen über die fortwährende Steigerung der Einnahmen entgegenzutreten. Dann kämen die vermehrten Ausgaben für die Alters- und Invalidenversicherungen vom 1. Jan. 1891 an. Zu der jetzigen günstigen Finanzlage trügen schließlich noch die Mehreinnahmen aus den direkten Steuern bei. Er warne vor der Annahme, daß der Volkswohlstand, auf welchen man durch diese Mehreinnahme schließen könne, ein derartiger sei, daß man auch in Zukunft fest auf denselben bauen könne. Die Hauptsteigerung des Einkommens komme auf Gehalte und Löhne. Eine derartige Steigerung könne aber nur anhalten, wenn auch die Steigerung der übrigen Einkommen fortdauere. Da aber Gehalte und Löhne rapide gegenüber den übrigen Einkommen gestiegen seien, könne man in dieser Erscheinung noch keinen Beweis für einen steigenden Volkswohlstand erblicken; er fürchte vielmehr einen Rückschlag. Er bedauere hierbei, daß die Steigerung der Gehalte der Staatsbeamten nicht gleichen Schritt gehalten mit der Einkommensteigerung der Privatbediensteten. Die Vertheuerung der Lebensmittel und die Steigerung der Löhne habe ihre Ursache in dem Münzsystem, und dies drücke wieder auf unsere staatlichen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse. Er sei der Regierung zu Dank verpflichtet, daß sie mit der Ansetzung der Ausgaben unter solchen Umständen vorsichtig gewesen sei. Er knüpfe hieran nur noch den Wunsch, daß es dem verdienten Herrn Finanzminister v. Könneritz recht bald gestattet sein möge, wieder in der Kammer zu erscheinen. Als Berichterstatter der Finanzdeputation erläutert hierauf Sahrer v. Sahr die oben erwähnten Vorlagen und beantragt, denselben allenthalben in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung zuzustimmen. Es geschieht dies mit Einstimmigkeit. Ebenso stimmt die Kammer einer Nachtragsforderung von 12,116 Mk. für Neu-

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Baugnerstr. 41/42).
Butter und Milch zum Stollenbacken.